

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 10

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Etwas über die doppelte Moral

Man ist in unserem westlichen Europa, und beispielsweise hierzulande, gegen alle Diktaturen. Aber täglich wird man nur gegenüber einem Typus. Dem etwa von Griechenland.

*

Aber weil wir hier keine gleichgeschaltete Gesellschaft haben, ist das Verhalten auch da abgestuft. In Erinnerung an den lokal-nationalen Fall der Demonstration vor dem «Schweizerhof» in Bern, wo die Griechen mit Gästen feiern wollten, konnte man schon unterschiedliche Gruppierungen feststellen. Da waren die aktiven Gegner der faschistischen Diktatur. Sie fanden, dass die Versammlungsfreiheit oder die Freiheit einer privaten Einladung für Vertreter eines Landes, dessen Regime sie nun einmal als faschistisch erkannt haben, keine Geltung haben sollte, und machten Anstalten, den Anlass zu verhindern.

*

Dann gab es die Behörden. Sie hatten auf diplomatischem Wege den Griechen schon zu verstehen gegeben, dass ihr Anlass als Provokation empfunden werden dürfte, und wuschen sich dann, als die bewussten Griechen nach Art von Diktatoren starrköpfig blieben, sozusagen die Hände: «Selber tschuld! Meinen diese Leute eigentlich, dass wir ihnen noch das Recht auf Bewegungsfreiheit schützen sollen, wenn sie ausgerechnet auf unserem demokratischen Boden ihre Diktatur feiern wollen? Sollen wir uns etwa diesen Diktatoren gegenüber weich zeigen? Wofür halten die sich eigentlich? Für Algerier?»

So wurden denn auch die Vertreter der Diktatur, die sich über das Ausbleiben der Gäste beschwerten, von unsern zuständigen Helvetern gebührend zurechtgewiesen. Was übrigens auch sehr mutig war. Denn man musste sich über die

Folgen im klaren sein. Die Griechen würden ja bei der nächsten Wahl unsern bewussten Behördemitgliedern die Stimme nicht mehr geben. Wie? Was heisst hier Quatsch? Ich sage, das war mutig, und alle sagen es, und mutig ist man, wenn man, was alle sagen . . . , na, ist ja egal, jedenfalls war das recht brav antifaschistisch, wenn man natürlich auch besser den Griechen klipp und klar Hausarrest gegeben hätte . . .

*

Die Polizei als weitere Gruppierung und als Ordnungsmacht waltete ihres Amtes so, dass sie den Eingang zum Gebäude, das von den

Die Hauptgruppierung war die öffentliche Meinung, respektive deren Träger. Hier zeigen sich allerhand Variationen. Die einen schlossen aus der Tatsache, dass die Polizei keinem einzigen Gast der Faschisten auch nur einen einzigen Hosenknopf abriess, dass sie selber, respektive ihre bourgeois Auftraggeber, mit dem faschistischen Militärregime im Komplott sei. Andere gingen nicht ganz so weit, andere entschieden weniger weit, und noch andere gingen in ihrer Verteidigung des offiziellen und offiziellen Vorgehens so weit, es ganz in Ordnung zu finden. Aber wenigstens sicherten sich diese Leute notdürftig vor dem auf der Hand liegenden Vorwurf der faschistischen Kollabora-

Zusammenhänge:

ZEITBILD

Vertretern der Diktatur moralisch beschmutzt und von den demonstrierenden Vertretern der Freiheit physisch bedroht war, gründlich abriegelte, so dass weder Gäste noch Demonstranten durchkamen. Demnächst werde ich meinem alten Feind, den ich aufs allerbestimmteste einen Faschisten nenne, einmal gründlich vorbeikommen, wenn er eine Beiz aufsucht. Und die Polizei wird, unparteiisch wie sie nun einmal ist, uns alle beide am Eintreten verhindern. Uebrigens: Ich las, dass an jenem Abend die Polizei, obwohl sie die Demonstranten leider vom abgeriegelten Gelände aussperrte, wenigstens den Journalisten beidseits der Barrikaden Zutritt liess, was immerhin anzuerkennen sei. Technisch war also anscheinend das Durchlassen von bestimmten Personen möglich.

tion, indem sie immerhin ganz klar und eindeutig auf die Provokation hinwies, welche die Griechen begangen hatten, als sie sich so auführten, als ob die hier üblichen Rechte auch für sie Geltung hätten.

Eine weitere Gruppierung schliesslich war gar keine Gruppierung, sondern die sporadische und verspätete Reaktion (Substantiv zu reaktionär), die sich da und dort etwa in Leserbriefen äusserte. Sie fanden tatsächlich, diese Fossilien, dass hier für alle gleiches Recht gelten solle, ob für Sowjets, Griechen, Chinesen, Algerier, Luxemburger und so weiter. Sie fanden, dass die diplomatische Anerkennung mit all ihren Folgen bisher stets unabhängig von allen moralischen Urteilen gegenüber den betreffenden Regimes gehandhabt worden war, und sie staun-

RGW noch ohne Durchbruch

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), auch Comecon genannt, ist die wirtschaftliche Dachorganisation der von Moskau abhängigen sozialistischen Staaten. Die auch heute noch gültigen Statuten wurden erst zehn Jahre nach ihrer Gründung, auf der 12. Ratstagung in Sofia, verabschiedet. Sie enthalten die folgenden wichtigeren Bestimmungen:

Die Tätigkeit der Organisation beruht auf der souveränen Gleichheit aller Mitgliedsländer. Deshalb dürfen auch ihre Ziele nur in «Uebereinstimmung mit den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der nationalen Interessen sowie des gegenseitigen Vorteils» verwirklicht werden. (Art. 1, Abs. 2.)

Jedes Mitglied hat das Recht, mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten aus dem Rat auszutreten. (Art. 2, Abs. 3.)

Die jeweiligen Beschlüsse des Rates sind eigentlich Empfehlungen, die nur dann einen bindenden Charakter erhalten, wenn die Regierungen der Mitgliedsländer sie angenommen haben. «Empfehlungen und Beschlüsse gelten nicht für jene Länder, die erklärt haben, dass sie an der betreffenden Angelegenheit nicht interessiert sind.» (Art. 4, Abs. 1—3.)

Als ursprüngliche Mitglieder gelten die folgenden Staaten: Albanien, Bulgarien, Ungarn, Ostdeutschland, Polen, Rumänien, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei. Der Rat steht auch für alle anderen Staaten offen, die bereit sind, seine Ziele und Prinzipien anzunehmen. (Art. 2, Abs. 1 und 2.)

Diese Bestimmungen des Statuts gaben formell der Zusammenarbeit im RGW ein ziemlich liberales Gepräge. Zu dieser Zeit stand die UdSSR noch im Zeichen des Tauwetters der nachstali-

nistischen Ära und am Anfang des Siebenjahresplanes (1959—1965), von dem man sich die Regelung aller ungelösten Wirtschaftsprobleme und die Ueberrundung des kapitalistischen Westens versprach. Man beabsichtigte, die Freizügigkeit der westlichen Institutionen auch im sozialistischen Lager zu verwirklichen, um seine Anziehungskraft zu erhöhen.

Dieser wohlgemeinte Liberalismus im RGW hatte sich schon in kurzer Zeit als unerwünschter Hemmschuh für den sowjetischen Führungsanspruch erwiesen. Obwohl das überragende Wirtschaftspotential Moskaus und die daraus resultierende Abhängigkeit der übrigen Mitgliedstaaten dem sowjetischen Einfluss genügend Spielraum gewährten, ging die Verwirklichung der ursprünglichen Zielsetzungen des Rates, wie z. B. der totale wirtschaftliche Zusammenschluss, die Spezialisierung der Produktion, das gemeinsame Auftreten an westlichen Märkten, die Schaffung eines multilateralen Waren- und Zahlungsverkehrs, nur schleppend voran. Auch die

ten, dass das plötzlich anders sein sollte. Was will man, vereinzelt gibt es noch Reaktionäre.

*

Schön. Hören wir mit dieser Schilderung auf, und kommen wir zu einigen Feststellungen. Man hat bisher noch nie unsere Behörden kommunistisch genannt, weil sie Jubiläumsanlässe kommunistischer Staaten schützten und übrigens auch besuchten. Nun aber werden schon manche Hosen beim blossen Gedanken ihrer Träger schwer, sie könnten, wenn sie sich den Griechen gegenüber ähnlich verhielten wie den Sowjets gegenüber, mit Schimpfnamen bedacht und politisch abgeschossen werden. Uebrigens völlig zu Recht; sie würden es auch. Und das wiederum ist symptomatisch für den sehr einseitigen Druck, der bei uns schon so vorherrschend ist, dass man ihm so ziemlich überall nachgibt.

*

Die Einseitigkeit ist tatsächlich flagrant. Wenn man zum Fall der Tschechoslowakei demonstriert, so tut man es in Schweigemärschen, und schon das wird als hart an der Grenze zum «kalten Krieg» dargestellt. Andererseits gilt im Falle etwa von Griechenland die gewaltsame Demonstration als richtig, und wer auch nur gegen die Begleiterscheinung der Gewalt hüstelt, ist zum mindesten schon jugendfeindlich.

Der McCarthyismus, dessen Methoden zur Bekämpfung eines ideologischen Feindes von unserer ganzen Gesellschaft einmütig als untauglich und unstatthaft verurteilt worden ist (auch dann, wenn man die ideologische Gegnerschaft anerkennt), feiert seine Auferstehung an einem andern Objekt, dem gleichzeitig alle Auswüchse des seinerzeitigen eisigsten kalten Krieges und noch mehr dazu übertragen werden. Ist denn jetzt der McCarthyismus als Methode verwerflich oder nicht? Ja, im Falle der kommunistischen Staaten, nein, im Falle der «Rechtsdiktaturen».

*

Beim Verlesen der kurzen, an sich nicht kommentierenden Nachrichten in der TV-Tageschau spricht man laufend vom «Obristenregime» in Athen. Nun, das trifft soweit zu. Nur: Ich kann mich nicht entsinnen, dass bei dieser Sendung je vom «Obristenregime» in Algerien gesprochen wurde. Obwohl der Ausdruck auch dort zutrifft. Und obwohl dort beispielsweise in den politischen Prozessen die politischen Gegner zum Tode verurteilt und hingerichtet werden (was die griechischen Zuchthausstrafen von Terrorcharakter nicht beschönigen soll; man muss das sofort sagen, sonst wird man als Sympathisant Athens hingestellt), obwohl dort das Diktat über die Presse noch vollkommener ist als in Griechenland usw. Und

als drei unserer Landsleute in Algerien monatelang rechtswidrig eingesperrt und gefoltert wurden, zeigten sich unsere offiziellen Stellen nicht über diese Behandlung empört, sondern darüber verdrossen, dass die drei Opfer nach ihrer endlichen Freilassung vor der Öffentlichkeit auspacken wollten.

*

In unserem diplomatischen Umgang mit Moskau herrscht keine Spur von Rechtsgleichheit. Vom Chauffeur bis zur Telephonistin wird in der schweizerischen Botschaft in Moskau sämtliches «Bedienungspersonal» von den Sowjets gestellt. Und in Bern ist natürlich alles Personal wiederum sowjetisch. Ich möchte wissen, was unter diesen Umständen unserer Vertretung in Moskau für eine diplomatische Freiheit übrig bleibt. Wahrscheinlich (abgesehen von den Abhöranlagen) nicht einmal die Flüsterfreiheit. Aber hier aufzubegehren geht natürlich nicht an. Der grosse Partner dort könnte ungehalten werden, und seine kleinen Partner hier könnten von kaltem Krieg sprechen. Also nur ja keine Provokation.

*

Man spricht so gerne von der doppelten Moral unserer bourgeoisen Gesellschaft. Ganz richtig, sie besteht. Sie heisst: Nach links buckeln und nach rechts treten. *Christian Brügger*

in Moskau gegründete Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Comecon-Bank) und der mit ihr verbundene konvertierbare Rubel konnten die vorwiegend bilateralen Intradeblockabschlüsse zu keinen multilateralen Vereinbarungen erweitern.

Unter diesen Umständen ergab sich in der inneren Entwicklung des Rates eine gewisse Stagnation, die in einigen Sektoren, wie z. B. im Intradeblockhandel, sogar zu einer rückläufigen Entwicklung führte.

Zur Behebung dieser unerwünschten Entwicklungstendenzen beschloss Moskau, die in den Statuten gewährte Freizügigkeit aufzuheben und den Rat zu einer straffen, zentral geleiteten und mit bindendem Entscheidungsrecht ausgestatteten Institution zu erheben. Die vorbereitenden Sondierungen bei den Mitgliedländern setzten bereits vor einigen Jahren ein, scheiterten aber an der offenen Ablehnung der Rumänen und der passiven Resistenz der übrigen Mitgliedstaaten, wozu die Zuspitzung des sowjetisch-chinesischen Konfliktes auch einen gewissen Beitrag leistete.

Unter dem Einfluss der Ereignisse in der Tschechoslowakei, d. h. mit der militärischen Besetzung dieses Landes, distanzierte sich Moskau unmissverständlich von jedem Liberalismus im RGW und forderte immer eindringlicher seine Revision. Ein konkreter Plan wurde nie veröffentlicht, so dass man über die sowjetischen Forderungen nur aus den rumänischen Protesten etwas Näheres erfahren konnte.

Danach sollte der Rat zu einer supranationalen Dachorganisation umgebaut werden, deren mehrheitlich gefassten Beschlüsse für alle Mitglieder sofortige Bindungskraft haben. Ferner verlangt Moskau auch die Erweiterung des Intradeblockhandels, was in seinen Auswirkungen mit der

parallelen Einschränkung des Westhandels gleichkommt, da die kleineren Mitgliedstaaten nur über begrenzte Liefermöglichkeiten verfügen. Folglich würde eine derartige Integration vor allem die führende Stellung des sowjetischen Partners institutionell festigen, was natürlich auch die Revision der Statuten voraussetzt.

Nach schleppenden Vorbereitungen und wiederholten Terminverschiebungen konnte endlich am 23. April dieses Jahres in Moskau das schon lang erwünschte Gipfeltreffen der RGW-Staaten stattfinden. Die Massenmedien von Polen und der DDR, flankiert von Ungarn und Bulgarien, hatten schon vorher eine lautstarke Kampagne für die totale Integration und die Straffung der Zusammenarbeit im RGW befürwortet. Trotz der scharfen Ausfälle der Presse dieser Länder gegen Rumänien konnte die Bukarester Führung nicht eingeschüchtert werden. Knapp fünf Tage vor seiner Abreise an die Moskauer Konferenz wies Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu an einer öffentlichen Versammlung die Forderungen der Sowjetgruppe klipp und klar zurück.

«In einigen Mitgliedländern dieser Organisation», erklärte Ceausescu, «spricht man von der Notwendigkeit der Integration, der Bildung supranationaler Körperschaften. Sie wissen, dass Rumänien zur Ermittlung von Wegen für die Vervollkommnung der RGW-Tätigkeit und zum Ausbau der Zusammenarbeit und Kooperation der Mitgliedländer beizutragen wünscht, jedoch kein Anhänger der Integration ist und an gemeinsamen supranationalen Körperschaften nicht teilzunehmen wünscht.»

An dieser Einstellung scheint der rumänische Staatschef auch in Moskau beharrlich festgehalten zu haben. Darauf lässt wenigstens die einträgliche Verlängerung der Besprechungen und das lange, im wesentlichen aber nichtssagende Com-

munique der Tagung schliessen. Entgegen aller Erwartungen wurden ausser der Gründung einer gemeinsamen Investbank in keiner Richtung konkrete Beschlüsse gefasst, welche die gegenwärtige Lage im Rat in irgendeiner Form abändern würden. Weder die Integration noch die Ueberstaatlichkeit kommen in irgendeiner Form in veröffentlichten Text vor. Man spricht nur über «das einmütige Streben» der Teilnehmer nach einem engeren Zusammenschluss, über die «Ausweitung und Festigung der gegenseitigen Zusammenarbeit», wofür «neue, wirksamere Formen und Methoden» zu finden wären. Was die «Vertiefung» der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen betrifft, so soll dieses Problem «später» und «gemeinsam» geprüft werden, «um gegen seitig annehmbare Lösungen zu finden». Eine Formulierung, mit der man scharfe Auseinandersetzungen und Uneinigkeit zu überbrücken pflegt. Auch die vergangene Tätigkeit der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Comecon-Bank) wurde gerügt, indem das Comunique «die Verbesserung ihrer Tätigkeit» verlangt, eine öffentliche Kritik, die man unter östlichen Verhältnissen als negativ beurteilen muss. Was hinter den Kulissen noch alles verhandelt wurde, ist vorläufig noch unbekannt. Der tschechische Ministerpräsident Cernik und auch die polnische Parteizeitung «Trybuna Ludu» (27. 4. 1969) bezeichneten die Konferenz als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dabei darf man nicht vergessen, dass in den Oststaaten die Misserfolge und Fehlschläge immer mit positiven Erklärungen verdeckt werden. Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen hatten schon längst ihren Tiefstand erreicht, als Moskau immer noch von Freundschaft und sozialistischer Zusammenarbeit sprach. *Ernest Schmid*